

Nein zur Ausbildungsplatzabgabe = Ja zur dualen Berufsbildung

Die JU NRW spricht sich gegen die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aus.

Die fehlenden Ausbildungsplätze sind in den meisten Fällen nicht auf den Ausbildungsunwillen der Betriebe zurückzuführen, sondern sind konjunkturell und strukturell begründet. Bei drei Jahren Stagnation in Folge und fast 40.000 Firmenpleiten im letzten Jahr kämpfen viele Betriebe um das Überleben. Eine zusätzliche Abgabe würde gerade mittelständische Unternehmen zusätzlich belasten. Auf der anderen Seite könnte eine Abgabe andere, die heute über Bedarf ausbilden, dazu verleiten sich von der gesellschaftlichen Aufgabe der Ausbildung freizukaufen. In der Folge würde unser, auch im Ausland anerkanntes, duales Ausbildungssystem immensen Schaden nehmen und eine im letzten Schritt verstaatlichte Ausbildung zur Folge haben. Umlagefinanzierte Ausbildungszentren fernab vom Berufsalltag können jedoch Schlüsselqualifikationen, die eine betriebliche Ausbildung bietet nicht ersetzen.

Der Versuch der Baubranche den Verlust von Lehrstellen durch eine Ausbildungsumlage zu stoppen, hatte den weiteren Abbau von Ausbildungsplätzen zur Folge und zeigt, dass mit diesem Vorhaben die gegensätzlichen Ziele erreicht werden. Widerstand erntet das Konzept zudem nicht nur von Arbeitgeberverbänden, sondern auch von dem wirtschaftlichen Sachverständigenrat, der sich in seinem Herbstgutachten ebenfalls klar gegen die geplante Abgabe aussprach.

Zudem wirft die Ausgestaltung des Konzeptes zu viele Fehler auf. Die prozentuelle Staffelung der Ausbildungsquoten belastet insbesondere kleine Betriebe mit unter 50 Beschäftigten. So müsste ein Unternehmen mit 49 Beschäftigten, um die Vorgaben zu erfüllen, 4 Auszubildende haben, wogegen bei der doppelten Zahl (98 Beschäftigte) nur ein Auszubildender mehr, also 5, einzustellen wäre. Die Berechnung, der Einzug und die Verteilung erforderte einen großen bürokratischen Apparat, in dem Mittel versickern würden und ein weiterer Rückschritt zum Abbau der Bürokratie gemacht würde.

Um die Lehrstellenlücke zu schließen und für den Fortbestand der dualen Berufsbildung zu sorgen, sind daher grundlegendere Maßnahmen erforderlich. Zentraler Punkt dabei ist die Lösung der strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes, um wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Einen ebenso wichtigen Faktor stellt in diesem Zusammenhang, der Bereich Schule dar. Die Jugendlichen müssen besser auf die Erfordernisse der Berufsausbildung vorbereitet werden. Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen sollten lediglich für das Erlernen der Kenntnisse und Fertigkeiten des jeweiligen Berufsbildes verantwortlich sein und nicht den Bildungsauftrag der Schulen nachholen müssen.